

20. Dezember 2017

**Motion**

Von Katharina Prelicz-Huber (Grüne)  
und Markus Kunz(Grüne)  
und ~~1.1.~~ Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zur Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation eine Weisung vorzulegen, die einerseits eine verbindliche rechtliche Grundlage schafft (mittels einem Eintrag in der Gemeindeordnung oder einer separaten Verordnung) und andererseits die Kredite schafft für die Planung und Umsetzung von (Quartier-) Projekten, in der Schule und in der Politik. Dabei ist darauf zu achten, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche (freiwillig) teilnehmen können, kinder- und jugendgerechte Formen gefunden, Kompetenzen wie bspw. ein Antragsrecht und ein eigenes Budget gesprochen werden können.

**Begründung:**

Die Schweiz hat 1997 die UNO-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Sie ist damit fester Bestandteil der schweizerischen Rechtsordnung und verpflichtet den Bund, die Kantone und die Gemeinden, die Kinderrechte mit gesetzlichen Massnahmen zu schützen. Den Städten und Gemeinden kommt bei der Umsetzung eine grosse Verantwortung zu.

Die Stadt Zürich investiert bereits viel, um Kinder, Jugendliche und Familien zu fördern. Nicht systematisch umgesetzt ist aber bis jetzt Art. 12 der Konvention. Dieser sichert den Kindern, die fähig sind, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äussern. Zudem muss die Meinung der Kinder angemessen und dem Alter und der Reife entsprechend berücksichtigt werden.

Die Stadt Zürich kennt zwar Partizipationsverfahren in Planungsprojekten, wo Kinder einbezogen werden und verschiedene Schulen kennen Klassen- und Schulräte. Verbindlich und damit als Recht verankert mit Budget- und Antragskompetenzen wurde die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bis jetzt aber nicht.

Es soll zusammen mit Kindern und Jugendlichen ein entsprechendes Projekt aufgelegt werden. Die Partizipationsformen sollen möglichst variabel und kinder- und jugendgerecht ausgestaltet sein und viele Gestaltungsmöglichkeiten für alle interessierten Kinder und Jugendlichen beinhalten. Ideen sind ein Kinder- und Jugendparlament, offene Kinder- und Jugend-Gemeindeversammlungen, ein Kinder- und Jugend-Stadtrat, eine Kinder- und Jugendplanungsgruppe, Kinder- und Jugenddetektive und eine regelmässige stattfindende Sprechstunde beim Stadtrat. Ziel sollte sein, das Recht auf Mitbestimmung inklusiv den dazu gehörigen Kompetenzen wie eigenem Budget oder Antragsrecht zu verschriftlichen. Idealerweise wäre eine Bestimmung in der Gemeindeordnung (siehe Stadt Luzern), welche die konkreten Formen der Partizipation aber möglichst offen lässt. Mit der kantonalen Rechtsprechung ist die Forderung kompatibel.

Der politische Einfluss für Kinder und Jugendliche ist bis heute gering. Erfahrungen zeigen aber, dass sie sich sehr wohl für Politik, wenn sie ihre Lebenswelt betrifft, interessieren und sie ihre Anliegen formulieren können. Zudem zeigen Studien, dass je früher Kinder partizipieren können, je eher bleiben sie auch als Erwachsene engagierte StaatsbürgerInnen.

*C. Prelicz-Huber*      *M. Kunz*      *B. Jünger*  
*Karin Prelicz*      *M. Behring*      *C. J. Neri*  
*[Signature]*

M. Kuntalinas

E. Hirsige

U. Hirs

H. Hirsch

G. Kuntal

F. Noe